

Guatemala Stadt, Ende Juni 2024

Notizen eines deutschen Anwalts in

Guatemala (104)

Der Juni hatte es in sich. Es ist unmöglich, ihn in dem begrenzten Raum dieser Kolumne auch nur annähernd zusammenzufassen. Es gab Fortschritte¹, die Hoffnung machen, aber auch tickende Zeitbomben², die umtreiben; dazu kamen die üblichen Sabotageakte³. Den Rahmen für all das bildete eine Umfrage zur Akzeptanz der Regierung; Arévalos Zustimmung fiel um 14% auf 54%, aber der Wunsch, dass die Regierung Erfolg habe, schlägt nach wie vor sehr hoch zu Buche. Das beschreibt ein Dilemma, das logischerweise kritische Fragen nach Strategie und Kommunikation der Regierung provoziert, die bereits Thema dieser Notizen waren.

Manche dieser kritischen Stimmen nutzen jede Schwäche der Regierung, um ihr Scheitern zu provozieren, während zeitgleich Lobby bei den

US-Republikanern⁴ betrieben wird. Die meisten dieser kritischen Stimmen aber wissen, dass es nach einem Scheitern lange keine zweite Gelegenheit geben wird. Sie wollen den neuen Frühling stärken; nur muss der das auch verstehen.

Auch diese Kolumne widmet sich diesem Dilemma, diesmal aber aus der Sicht zweier konkreter Konflikte. Zuerst ist da ein als offener Brief an Interpol und Arévalo gedachter Artikel des Kollegen und Freundes Ramón Cadena; der zweite dreht sich um die aktuellen Räumungen von „Landbesetzungen“, die von Richtern angeordnet, aber durch die Polizei vollstreckt werden. Dieses zweite Thema behandelt Norma Sancir. Sie ist Chortí, Journalistin und als solche selbst verfolgt durch das MP. Sie wird einige Kolumnen dieses Sommers übernehmen, und auch in Zukunft zur Verfügung stehen, um die Notizen zu bereichern.

Der offene Brief Ramons geht auf den Fall USAC⁵, der hier mehrfach (Notizen 78, 97) behandelt

¹ Die Regierung hat den Antrag der Betreiber auf eine „Erweiterung“ des Minenprojekts CERRO BLANCO zum „Abbau unter freiem Himmel“ abgelehnt, was enorme Symbolwirkung hat. Dazu gab es wichtige Fortschritte in der Zusammenstellung der Kommissionen zur Wahl der Richter am Obersten Gericht und den Berufungsgerichten; erstens konnte verhindert werden, dass der Usurpator des Rektorats der USAC, Mazariegos (s. Fn 4), einer der Kommissionen vorsitzt und zum zweiten schaffte es eine Gruppe von unabhängigen AnwältInnen bei den Wahlen in der Rechtsanwaltskammer insgesamt je drei ihrer Delegierten in die Kommissionen zu entsenden.

² Der wichtigste Hafen (Quetzal) des Landes hat aktuell enorme juristische und operative Probleme (Versandung), die allesamt von den Vorgängerregierungen vererbt wurden. Beide bedrohen die Versorgungslage des Landes, was vom Pakt dramatisch ausgeschlachtet wird, aber im besten Fall auch für neues Prestige der Regierung stehen könnte; gegen Ende des Monats gab es hier Fortschritte. Für den neuen Flughafen, der längst überfällig und Teil des Regierungsprogramms ist, schlug Arévalo jetzt eine privat-öffentliche Zusammenarbeit vor, die als solche kaum kritisiert wird; nur machte er den Fehler, das Projekt auf einem Event des CACIFS vorzustellen, was den unnötigen Eindruck erweckte, dass dieser tief in Korruption verstrickte Unternehmerverband Privilegien bei diesem Projekt haben wird. Ein anderes Problem besteht in den enormen Regenfällen der letzten Tage, die Brücken und Straßen kollabieren lassen und die Korruption wieder zum Thema machen... aber eben auch Notfallmanagement brauchen. Noch scheint sich die Mehrheit des Kongresses, wie schon bei den Bränden im April, die Erklärung des Notstandes zu verweigern.

³ Im Kongress hat SEMILLA aktuell Einfluss verloren, auch weil Porras über das MP immer wieder mit Strafverfahren gegen andere Parteien droht. Ausdruck dafür sind die Unmengen an

Vorladungen von MinisterInnen in die verschiedenen Fraktionen des Kongresses; bis zum 6.6. waren es 660 (!!!), nur für die Erziehungsministerin waren es 136, für Gesundheit 76 und 86 für den Finanzminister; das sind mehrere an einem Sitzungstag, was die Arbeit der Minister sabotiert; üblicherweise dient dieser Mechanismus zur Erpressung zum Vorteil der Abgeordneten. Gegen die drei genannten MinisterInnen schaffte der Pakt dann sogar die Eröffnung eines „impeachment“ für Juli durch die Kongressmehrheit, was zu ihrer Absetzung führen könnte. In der Vergangenheit wurden Minister oft über Monate vorgeladen, ohne sie wirklich zu vernehmen. Angesichts dieses Drucks trat der Gesundheitsminister jetzt zurück. Ein anderer Konflikt zwischen Exekutive und Kongress geht um die Erweiterung des Haushaltes angesichts erhöhter Steuereinnahmen. Bisher weigert sich der Kongress, dem - trotz verfügbarer Gelder- nachzukommen.

⁴ Neben der Dämonisierung der Arévalo-Regierung geht es aktuell auch darum, Porras und Adepten wieder von der US-Liste (Engel) der korrupten und antidemokratischen Akteure zu streichen.

⁵ Zur Erinnerung: Mazariegos, aktueller Rektor der öffentlichen Universität (USAC), kam durch notorisch betrügerische Wahlen an sein Amt. Die USAC wurde daraufhin über ein Jahr bestreikt, Studierende und Dozenten protestierten massiv. In ihren Versuchen, die Amtsübernahme Arévalos und Herreras zu verhindern, strickte das MP aus den Protesten ein Strafverfahren. Im November wurden Häuser durchsucht und sollten 27 Haftbefehle gegen DozentInnen und Studierende vollstreckt werden; Arévalo und Herrera, sie selbst war damals Dozentin für Biologie und Chemie, hatten die Proteste in Tweets unterstützt und sollten jetzt über die Aufhebung ihrer Immunität und ihre spätere Verhaftung blockiert werden. Die Anklage war aber selbst vor einem Agenten des Systems wie Richter Victor Cruz nicht zu halten; das Verfahren gegen die ersten 7 Angeklagten, darunter

wurde. Im Juni beantragte „Staatsanwalt“ Curruchiche bei Interpol die Ausschreibung der Alarmstufe Rot für die mit Haftbefehl gesuchten Beschuldigten im Fall USAC⁶. Ramón beschreibt, dass er daraufhin immer wieder (vergeblich) versuchte, Kontakt mit Innenminister Jimenez und Menschenrechtsbeauftragten Samayoa aufzunehmen. Man muss dazu wissen, dass alle Beteiligten sich gut kennen. „Mein ganzes Berufsleben habe ich der Verteidigung der Menschenrechte gewidmet. Das ist in unserer ... Region ziemlich gefährlich ... obwohl auch hier das Verteidigen von Rechten erstmal kein Verbrechen ist.“ Aber genau das, sagt er weiter, habe der Pakt der Korrupten faktisch durchgesetzt. Deswegen, so führt er aus, gehe die Verfolgung auch heute weiter, „ohne dass jemand dem ein Ende setzt“. Daher habe er zusammen mit anderen dieses systematische Agieren vor dem internationalen Strafgerichtshof in Den Haag als internationales Verbrechen angezeigt (s. FN 6). Als er von dem Antrag an Interpol erfuhr, habe er sich an die Regierung gewandt, „damit sie mich orientiere, wie ich mich an Interpol wenden kann, damit die auch diesmal eine Ablehnung argumentiere, wie sie es schon zweimal getan hat.“ Er kam keine Antwort, weswegen ihnen jetzt nur der Weg an die Öffentlichkeit bliebe, in der Hoffnung, dass Interpol so von ihrem Anliegen erfahre und ihre Argumente kenne; schließlich verbiete Art. 3 des Interpolstatus ausdrücklich, sich an politischer Verfolgung zu beteiligen. Sie alle seien jederzeit bereit, sich mit Vertretern Interpols zu treffen und Material zur Verfügung zu stellen. Er erinnert auch daran, dass viele Staaten Porras Visen verweigern oder entzogen haben und sie als korrupte, antidemokratische Akteurin

ein Dekan, wurde im Dezember zum Teil eingestellt und für den Rest die Haftverschonung ausgesprochen. Die meisten der Beschuldigten, darunter auch Ramón Cadena, waren da aber schon außer Landes, da sie der aktuellen Justiz nicht trauten. Ihre Haftbefehle bestehen nach wie vor, was Curruchiche für den Antrag bei Interpol nutzte, um die Verhaftung und Auslieferung der Betroffenen zu erreichen. Ähnliche Anliegen in anderen Verfahren hatte Interpol 2023 wegen offensichtlicher politischer Verfolgung abgelehnt. Wichtig ist noch, dass Cadena im Juni zusammen mit sozialen Organisationen und internationalen Intellektuellen Strafantrag am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag u.a. gegen Porras, Curruchiche und die ex-Präsidenten

einstufen, die systematisch die Straflosigkeit verteidigt.

Das Dilemma dieses Schreibens wird erst richtig deutlich, wenn wir uns klar machen, dass die Opfer dieser Aktion vehemente Verteidiger des Rechtsstaates, aber auch des „neuen Frühlings“ sind. Arévalo und Herrera sind Gegenstand der gleichen Ermittlungen, müssen aber eine gewisse funktionelle Neutralität bewahren; aber sich taub zu stellen, ist sicher nicht der Weg. In einem Post Scriptum sagt Cadena dazu: „Präsident Arévalo wird in irgendeinem Augenblick aus seinem Glaskasten herauskommen müssen, um sein Volk vor einer Verbrecherin wie Consuelo Porras zu verteidigen. Tut er das nicht, müssen wir irgendwann unsere Haltung ändern und ihn nicht mehr als Alliierten, sondern als Komplizen der Impunidad sehen.“

Auch die Räumungen sind ein von außen importiertes Dilemma dieser Regierung. Indigene Landbevölkerung, die in der Geschichte immer wieder von ihrem Land vertrieben wurde, „besetzt“ es, Großgrundbesitzer verlangen die Räumung, Staatsanwaltschaft und Richter kommen dem geflissentlich nach... und Polizei und Exekutive müssen sie durchführen.

Sieben solcher Räumungen gab es im ersten Halbjahr, mehrere davon in Las Verapaces; sie schützen die gleichen Ländereien, die Monokulturen wie Ölpalmen betreiben, die Rechte ihrer Arbeiter mit Füßen treten oder ganze Flüsse umleiten, um ihren enormen Wasserdarf zu befriedigen oder gleich Talsperren zur Energiegewinnung zu bauen. Ganze Gegenden werden so unfruchtbar, Not

Giamattei und Morales gestellt hat. Sie argumentieren, dass die systematische und generalisierte Verfolgung von JournalistInnen, RichterInnen und StaatsanwältInnen bei garantierter Straflosigkeit für die Verfolger ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Eine dieser verfolgten Richterinnen, Claudia Escobar, hat Arévalo jetzt zur Botschafterin vor der OAS ernannt.

⁶ Der Antrag wurde delikaterweise über das Innenministerium Arévalos an Interpol geleitet.

und Hunger greifen um sich. Es ist die immer wieder gleiche Geschichte Guatemalas.

Arévalo kennt sie und steht ihr nicht gleichgültig gegenüber. Er hat bereits verschiedene Vereinbarungen mit sozialen und Bauernorganisationen getroffen, die beabsichtigen, solche Räumungen zu verhindern oder zumindest gesetzeskonform durchzuführen. Und trotzdem kommt es immer wieder zu den gleichen Exzessen wie seit vielen Jahren. Die jüngst Räumung fand auf Q'eqchi'-Gebiet statt, in San José El Tesoro; 1000 Polizisten wurden eingesetzt. Die Menschen, die seit Jahren hier leben, mussten ihre Habseligkeiten zurücklassen und zusehen, wie ihre Hütten zerstört und die Ernte verbrannt wurde. Oft sind es bewaffnete Truppen der Finqueros, die solche Vorgänge noch radikalisieren; die PolizistInnen sind daran gewöhnt und kennen es nicht anders. Zudem hat jede Gegend ihre eigenen Regeln, die von den örtlichen Machtstrukturen bestimmt werden und nicht etwa von der nationalen Gesetzeslage.

Dazu kommt die Verfolgung der Köpfe dieser Bewegungen. *Lesbia Artola vom Bauernkomitee der Hochebene (CCDA)* erklärt dazu, dass aktuell 334 Frauen der verschiedenen Gemeinden, die Widerstand leisten, mit Haftbefehl gesucht werden. Die Regierung hat weder Einfluss auf die Haftbefehle noch auf die zur Räumung; Staatsanwaltschaft und korrupte Richter treiben sie mit ihnen vor sich her. Soziale Konflikte werden so zu Minenfeldern der Regierung, von denen jedes einzelne das Potenzial hat, Zweifel entstehen zu lassen, wofür sie steht.

Für die Regierung ist es überlebenswichtig, diese Zweifel zu verhindern, sonst verliert sie die Unterstützung der Sektoren, die die Machtübergabe im Januar überhaupt erst ermöglicht haben. Dazu braucht sie eine klare Strategie und eine Kommunikation, die wirklich erklärt, was und warum sie etwas tut. Leider gehört beides bisher zu ihren Schwachstellen.

Sie hat aber auch gezeigt, wie es gehen kann. Aufkommende Zweifel unter den exilierten JuristInnen ist sie jetzt mit der Ernennung von

Claudia Escobar, einer exilierten Richterin, zur Botschafterin vor der OAS begegnet; das ist besonders wichtig, da die OAS gerade beschlossen hat, den aktuellen Auswahlprozess der Oberrichter genau zu beobachten.

Auch die Reaktion der Exekutive gegenüber einer einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichts war eher positiv. Das Gericht ordnete an, dass die Regierung Kinder und öffentliche Moral gegenüber dem jährlichen Umzug (30.6.) zur Diversität zu schützen habe. Es ist ein fröhlicher, freizügiger Umzug, der von der Bevölkerung längst angenommen ist, aber für die verquerten Hirne des Paktes eine Provokation darstellt. Die Regierung antwortete auf das Urteil mit der lakonischen Feststellung, dass sie alle Rechte schützt, auch das der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit eines solchen Umzuges. Es war zwar eine lakonische, aber auch eine nicht misszuverstehende Antwort an ein Verfassungsgericht, das weder die Verfassung schützt noch wirklich ein Gericht ist.

*Norma Sancir
Miguel Mörth*

CSJ	Corte Suprema de Justicia, das oberste Gericht
CC	Corte de Constitucionalidad, Verfassungsgericht
FECI	Staatsanwaltschaft gegen die Straflosigkeit
MP	Ministerio Público, Staatsanwaltschaft
TSE	Tribunal Supremo Electoral, oberstes Wahlgericht
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten